

Archivalie des Monats – Ausgabe 9/2016

Eine verpasste Chance! Warum die Ausstellung *Auschwitz – Bilder und Dokumente* nicht in Wolfsburg gezeigt wurde

Alexander Kraus

Vom 20. Dezember 1963 bis zum August 1965 führte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in Frankfurt am Main den größten – und vielleicht wichtigsten – Strafprozess der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte: Den Auschwitz-Prozess.

Nebenbei fand Bauer, der sich Zeit seines Lebens für die Auseinander-Setzung der Deutschen mit ihrer NS-Vergangenheit einsetzte, tatsächlich noch Zeit, an einer Ausstellung zum Thema mitzuwirken. Während der Prozess als das „sichtbarste Zeichen eines temporären Paradigmenwechsels in der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen“ gilt,¹ zählt *Auschwitz – Bilder und Dokumente* zu den frühesten Ausstellungen, die den nationalsozialistischen Massenmord unmissverständlich thematisierten. Initiiert hatte sie neben Bauer der *Frankfurter Bund für Völkerverständigung* sowie der Jurist Henry Ormond, der zahlreiche Holocaust-Überlebende vertrat, und dessen Mitarbeiter Christian Raabe. Beide vertraten zudem die Nebenklage im Auschwitz-Prozess.

Die ausgestellten Fotografien, die neben Wohnblocks und Wachtürmen auch Gesichter jüdischer Häftlinge in Nahaufnahme zeigten, wie auch die präsentierten Dokumente und Ausstellungsobjekte – beispielsweise Zyklon-B-Dosen –, konfrontierten die Besucher in bis dato unbekannter Deutlichkeit mit dem Holocaust. Die Ausstellung wurde vom 18. November 1964 bis zum 20. Dezember 1964 zunächst in Frankfurt am Main, dann auch in Stuttgart, Wien, Nürnberg, Düsseldorf, West-Berlin und Hannover gezeigt – nicht aber in Wolfsburg, wie unsere Archivalie des Monats September dokumentiert:

In einem Schreiben an die *Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung* vom 3. Dezember 1965 stellte Oberstadtdirektor Günter Balk klar, „daß die Stadt Wolfsburg wegen des außergewöhnlichen Kostenaufwandes von einer Durchführung der Auschwitz-Ausstellung hier am Orte Abstand nehmen“ müsse. Diese Entscheidung hat aus heutiger Sicht einen faden Beigeschmack, war Balk doch am 1. Mai 1937 und demnach kurz nach der Aufhebung der Mitgliederaufnahmesperre der NSDAP beigetreten und hatte anschließend zunächst als juristischer Sachbearbeiter der Landesbauernschaft „Kurmark“, ab August 1943 als Landwirtschaftsrat im Nationalsozialismus Karriere gemacht. Nach dem Krieg wurde er vom 1. Februar bis zum 19. August 1946 in einem amerikanischen Internierungslager festgehalten.

¹ Torben Fischer, „Frankfurter Auschwitz-Prozess“, in: Ders./Matthias N. Lorenz (Hg.), *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*. 2. unver. Aufl. Bielefeld 2009, S. 128–132, hier S. 128.

Vfg.

- Pressestelle -

An die
Nieders. Landeszentrale
für politische Bildung
1. 3000 Hannover
Hohenzollernstr. 46

absp. 1. 12. 65. Xr.

Schü/Ho 493 156 3.12.1965

Auschwitz-Ausstellung

Bezug: Ihr Schreiben vom 23.11.1965 - I - 101/250/65

Sehr geehrter Herr Schachtebeck!

Ich danke Ihnen sehr für Ihre umgehende Beantwortung meiner Anfrage und muß Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß die Stadt Wolfsburg wegen des außergewöhnlichen Kostenaufwandes von einer Durchführung der Auschwitz-Ausstellung hier am Orte Abstand nehmen muß.

In bezug auf Ihre Bemerkung hinsichtlich des Reichtums der Stadt Wolfsburg bin ich gehalten den im Land Niedersachsen verbreiteten Irrtum dahingehend richtigzustellen, daß die Stadt zwar den Nachweis einer gesunden Finanzwirtschaft führen kann, daß sie aber mit Rücksicht auf ihren aus dem Nichts geschaffenen Aufbau zu ungleich größeren Verpflichtungen hinsichtlich des Schul- und Wohnungsbaues verpflichtet ist, als jede andere Stadt im Land Niedersachsen.

Für Ihren Hinweis, mich wegen der Besuche von Schüler- und Jugendgruppen an Herrn Oberregierungsrat Hinkellammert zu wenden, danke ich Ihnen sehr.

2. Z.d.A.

Mit freundlichen Grüßen

Der Oberstadtdirektor


(B a l k)

Mit seiner Absage waren die Anstrengungen von Herrn Schütte, dem Leiter der Pressestelle, zunichte gemacht. Dieser hatte sich zuvor intensiv darum bemüht, die durch den Niedersächsischen Kultusminister in einem Erlass vom 21. Oktober 1965 empfohlene Ausstellung nach Wolfsburg zu holen. Verschiedene Schulleiter der hiesigen Schulen, die fürchteten, ein Besuch mehrerer Schulklassen in Hannover könnte infolge der zu erwartenden Kosten scheitern, hatten eine solche Anfrage angeregt. Daher erkundigte sich Schütte kurzerhand, unter welchen Konditionen die Ausstellung hier vor Ort gezeigt werden könne.

Ein erstes Schreiben richtete er noch irrigerweise an Dr. Martin Broszat, den Leiter des Münchner *Instituts für Zeitgeschichte*, der ihn an die *Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung* in Hannover verwies. Dem Antwortschreiben des dortigen Mitarbeiters Schachtebeck ist dann auch der Betrag zu entnehmen, den die gewünschte Präsentation der Ausstellung *Auschwitz – Bilder und Dokumente* an Kosten verursachen würde: die für damalige Verhältnisse in der Tat beachtliche Summe von 40.000 DM. Wie sich diese Kosten zusammensetzen, ist der Quelle nicht zu entnehmen. Falls Wolfsburg dessen ungeachtet an der Ausstellung interessiert sei – schließlich handele es sich, so Schachtebeck, „ja um eine reiche Stadt“ –, solle zur weiteren Klärung mit der verantwortlichen *Gesellschaft für Brüderlichkeit e.V.* Kontakt aufgenommen werden. Das Wort „reiche“ ist auf dem überlieferten Schreiben Schachtebecks nicht nur unterstrichen, sondern auch mit einem Fragezeichen versehen – an ihm sollte sich auch Balk stören, befasst sich doch der mit Abstand längste Absatz seines Schreibens, unserer Archivalie des Monats September, mit eben jenem salopp eingestreuten Hinweis:

„In [B]ezug auf Ihre Bemerkung hinsichtlich des Reichtums der Stadt Wolfsburg bin ich gehalten den im Land Niedersachsen verbreiteten Irrtum dahingehend richtigzustellen, daß die Stadt zwar den Nachweis einer gesunden Finanzwirtschaft führen kann, daß sie aber mit Rücksicht auf ihren aus dem Nichts geschaffenen Aufbau zu ungleich größeren Verpflichtungen hinsichtlich des Schul- und Wohnungsbaues verpflichtet ist, als jede andere Stadt im Land Niedersachsen.“

Damit lag der Oberstadtdirektor sicherlich nicht falsch, doch erscheint sein Hinweis auf die zu schulternden Aufbauleistungen fadenscheinig. Schließlich lag das Gewerbesteueraufkommen in der Bundesrepublik 1965 fast nirgendwo höher als in Wolfsburg. Mit 744,18 DM je Einwohner verzeichnete die Volkswagenstadt im Vergleich zu Düsseldorf (354,84 DM) ein mehr als doppelt so hohes Pro-Kopf-Gewerbesteueraufkommen, München dagegen kam auf wenig mehr als ein Drittel (274,52 DM). Auch im Folgejahr rangierte Wolfsburg im nationalen Vergleich hinsichtlich der Steuereinnahmen deutlich im oberen Drittel. Allein Städte wie Rüsselsheim oder Sindelfingen, ebenfalls Standorte der Automobilproduktion, übertrafen die Wolfsburger Zahlen – und dies obgleich die Stadt 1966/67 unter der ersten großen Krise der *Volkswagen AG* litt.

Ein Blick in den Haushaltsplan des Jahres 1965 offenbart, für welche Posten die Stadt dagegen bereit war, Geld auszugeben. So standen allein für die Anschaffung

von Kunstwerken 120.000 DM – und damit ein Fünftel mehr als im Vorjahr – zur Verfügung. Mit diesen 20.000 DM hätte bereits die Hälfte der Ausstellungskosten finanziert werden können. Auch die Sportvereine konnten sich über einen stattlichen städtischen Zuschuss von einer Viertelmillion DM freuen. Es fügt sich ins Bild, dass vor *Auschwitz – Bilder und Dokumente* schon die Ausstellung *Die Vergangenheit mahnt* – trotz eines langen Aushandlungsprozesses, der sich über zwei Jahre hinzog – nicht in Wolfsburg gezeigt wurde. Diese durch die *Internationale Liga für Menschenrechte* organisierte Schau präsentierte die Geschichte des Judentums bis zum millionenfachen Mord in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Fast hat es den Anschein, als wäre es manchem Stadtoberen, von denen einige – so auch Balk – als ehemalige NSDAP-Mitglieder dem Regime nahe standen, ganz gelegen gekommen, wenn die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in Wolfsburg nicht allzu aktiv betrieben wurde. Was bekamen die Wolfsburger dann stattdessen im kommenden Jahr in der Bürgerhalle des Rathauses zu sehen? Unter anderem die damals bereits seit einigen Jahren durch Deutschland tourende Ausstellung *Jugend malt Autos...*

Ansprechpartner:

Dr. Alexander Kraus

Projekt: Wolfsburg auf dem Weg zur Demokratie

Alle Rechte beim Institut für
Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS)

Goethestraße 10a

38440 Wolfsburg

Telefon: +49 5361 275741

Telefax: + 49 5361 275757

E-Mail: alexander.kraus@stadt.wolfsburg.de